

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatt.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

Tagblatt Nr. 6650-55.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreis: M. 3.80 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtposten. —
Bezugsstellen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen u. in den benachbarten Landorten u. in Rheingau die
betreff. Tagblatt-Träger u. die Post. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder ähnlichen
haben die Bezugsstellen keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreis für die Zeile: M. 1.25 für örtliche Anzeigen; M. 1.80 für auswärtige Anzeigen; M. 3.—
für Anzeigen in der ersten Spalte; M. 2.— für Anzeigen in der zweiten Spalte; M. 1.— für Anzeigen in der dritten Spalte; M. 0.75 für Anzeigen in der vierten Spalte; M. 0.50 für Anzeigen in der fünften Spalte; M. 0.35 für Anzeigen in der sechsten Spalte; M. 0.25 für Anzeigen in der siebten Spalte; M. 0.15 für Anzeigen in der achten Spalte; M. 0.10 für Anzeigen in der neunten Spalte; M. 0.05 für Anzeigen in der zehnten Spalte. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wägen wird
keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Samstag, 26. Juni 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 294. • 68. Jahrgang.

Die Regierung Fehrenbach und Spa.

Die neue deutsche Regierung Fehrenbach ist nun endlich, 19 Tage nach der Reichstagswahl, zustandekommen. Gleichzeitig mit der Meldung über die Konstituierung des Kabinetts ging uns die Nachricht zu, daß die Konferenz von Spa nunmehr endgültig auf den 5. Juli angesetzt ist. Die Sorge der Regierungsbildung waren nun nach langem Hangen und Bangen nun glücklich los, nun aber kommt eine noch bei weitem schwierigere Aufgabe. Wen sollen wir nach Spa schicken und welche Verhandlungsunterlagen sollen unsere Vertreter dorthin mitnehmen? Hat die mühsam zustandekommene neue deutsche Regierung bereits ein Programm für Spa? Kann sie überhaupt schon eines haben? Man darf das billig bezweifeln, denn es ist mit leitenden Gedanken allein, so wichtig und schließlich entscheidend sie sind, noch nicht getan. Es kommt auch auf die Durcharbeitung bis in die letzten Einzelheiten an, und namentlich darauf, daß die Entente staatsmännern in Spa von der Unmöglichkeit für Deutschland überzeugt werden, die übergroßen Entschädigungen zu leisten, die man uns abverlangt. Es wird keinem zu verdenken sein, wenn er mit größter Sorge an die bevorstehende Konferenz denkt. Man muß wissen, daß in Spa über unser Schicksal auf lange hinaus entschieden werden wird. Versailles war nur der Rahmen; jetzt gilt es, ihm einen Inhalt zu geben. Versailles war nur der Hinweis auf die Zukunft, und solange die schwarzen Tage der Erfüllung nicht da waren, konnte man leichtsinnig sein und irgendein Wunder erwarten. Jetzt aber ist Zeit! Wie sollen wir das bestehen? Das deutsche Volk weiß anscheinend noch gar nicht, daß uns in Spa ein Schicksal droht, dessen Beschänkung bisher noch keinem europäischen Staate zugebracht gewesen war, das Schicksal nämlich, wie die Türken unter finanzieller Vormundschaft der Gläubigerstaaten gestellt zu werden. Eine dette publique allende will die Entente errichten, und man sieht nicht recht, wie sie daran wird gehindert werden könnte. Es ist sehr zu fürchten, daß auch das Kabinett Fehrenbach nicht im Besitz eines erlösenden Gedankens ist.

Ob uns in Spa verzinsliche Zahlungen von 120 Milliarden Goldmark oder 42 Jahreszahlungen von je drei Milliarden Goldmark und den laufenden Zinsen zugemutet werden sollen, oder ob diese phantastischen Summen um etwa ein Drittel ermäßigt werden, unerfüllbar werden die Ansprüche der Gläubiger in dem einen wie im anderen Falle sein. So tief, wie der Engländer Keynes in seinem berühmten Buch es fordert, werden die Entschädigungen ja doch nicht geleistet werden. Auf höchstens 40 Milliarden Gold berechnet Keynes die deutsche Leistungsfähigkeit. Wie viel Wasser Lloyd George in den konzentrierten Alkohol des französischen Verlangens auch gießen mag, bis zu jener unteren Grenze wird er niemals gehen. Auch England mutet uns Unmögliches zu, aber es ist nun einmal ein Unterschied zu unseren Ungunsten, ob wir uns außerstande erklären, 30 Milliarden Papier jährlich zu zahlen oder ob wir sagen müssen, auch die Hälfte bleibe immer noch unerfüllbar. Jenes mag uns die Welt, auch die feindliche, allenfalls glauben, dieses wird sie uns als bösen Willen auslegen wollen. Aus den 40 Goldmilliarden Mark des Herrn Keynes wird jedenfalls und ganz bestimmt nichts werden. Und wie soll selbst diese Summe aufgebracht werden? Was können wir überhaupt noch leisten, solange die ungeheure Defizitwirtschaft fort dauert, von der niemand bisher hat angeben können, wie sie überwunden werden soll? Im Reichsrat teilte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth mit, daß der Fehlbetrag der Reichseisenbahnen jetzt allein schon auf 15 Milliarden gestiegen sei, wobei derjenige der Post noch unberücksichtigt bleibe. Aber damit nicht genug, Dr. Wirth kündigte eine weitere gewaltige Zunahme dieses Defizits als Folge des neuen Lohnsatzes an! Man kann sich keine größere Zerrüttung vorstellen als die, in der sich unsere Finanzen befinden, und nun sollen wir in Spa zu Leistungen veranlaßt werden, die auch dann, wenn unsere Wirtschafts- und Finanzverhältnisse in guter Ordnung wären, die fürchterliche Bedrückung bedeuten müßten.

Neben der Kriegsschadigungsfrage wird in Spa hauptsächlich die Entwaffnungsfrage noch eine wesentliche Rolle spielen. Daß sich die Entente auf eine höhere Ziffer der Stärke unseres Heeres als 100 000 Mann nicht einlassen wird, steht nach ihrer letzten Note endgültig fest. Diese Note hat die an sich kritische Lage Deutschlands neuerdings in ein nicht unbedenkliches Stadium gedrängt. Der Reichswehrminister Gessler droht bereits mit seinem Rücktritt, falls sich die Entente nicht zu Zugeständnissen herbeiläßt. Die Folgen des Entwaffnungsverlangens der Gegner sind bei den Generalstabs- und Putzplänen der Unabhängigen augenblicklich noch nicht abzusehen. Darüber jedoch, daß sie

unter Umständen sehr schwer sein können, besteht in politischen und militärischen Kreisen Deutschlands nicht der leiseste Zweifel.

Aus alledem ersieht man, daß der deutsche Diplomatie in Spa die schwersten Aufgaben bevorstehen. Hoffentlich zeigen sich die neuen Männer den Anforderungen gewachsen. Dem deutschen Volke aber wird nichts übrig bleiben, als mit fähigem Blute den Ereignissen der kommenden Tage entgegenzusehen und zu bedenken, daß Einigkeit jetzt vor allem das Gebot der Stunde sein muß!

Die neuen Minister.

Reichskanzler Fehrenbach.

Konstantin Fehrenbach ist am 11. Januar 1852 in Wellendingen auf dem badischen Schwarzwald (Besitz Ronsdorf) als Sohn eines Volksschullehrers geboren. 1882 ließ er sich in Freiburg als Rechtsanwalt nieder; bald beteiligte er sich am öffentlichen Leben. Dem badischen Landtag gehörte er von 1888-1897 und von 1901-1913 an, wo er 1913 auf eine Wiederwahl verzichtete, um sich ganz der Ausübung seines Reichstagsmandats widmen zu können. Im badischen Landtag war er einer der Zentrumsführer in der Zweiten Kammer und seit November 1907 Präsident dieser Kammer, der erste Zentrumsmann an dieser Stelle. Im Reichstage lag er seit 1903 amnestisch als Vertreter des badischen Reichstagswahlkreises Elzheim-Loch-Wosch. Im August 1917 übernahm er als Nachfolger Spahn den Vorsitz im Hauptausschuß des Reichstages. Damit war er bereits zu einem der einflussreichsten Männer in der Reichspolitik geworden. Am 8. Juni wurde er mit 270 von 289 Stimmen als Nachfolger Rüppels zum Reichspräsidenten gewählt.

Dr. Rudolf Heinze, Reichsjustizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers.

Rudolf Heinze wurde am 23. Juli 1865 zu Oldenburg (Großherzogtum) geboren. 1896 trat er in den bayerischen Justizdienst ein; 1914 wurde er Reichsgerichtsrat. Während des Krieges war er von 1916-1918 Unterstaatssekretär im bayerischen Justizministerium, bis er im Juli 1918 zum bayerischen Justizminister berufen wurde. In dieser Stellung blieb er bis zur Revolution im November 1918. Seine Berufung zum Justizminister in Sachsen war ein Ereignis insofern, als seit Menschengedenken kein ausgesprochener Liberaler in Sachsen Minister geworden ist.

Simons, Reichsminister des Äußeren.

Geheimrat Simons ist aus der jüdischen Kaufmannsfamilie hervorgegangen. Seit 1911 war er Geheimrat Legationsrat und Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, später Leiter der Reichsabteilung im Auswärtigen Amt und hat in dieser Eigenschaft auch an den Beratungen in Versailles teilgenommen. Im Februar 1919 wurde Simons zum Unterstaatssekretär und Chef der Reichsabteilung berufen. Beim Ausbruch der Revolution war er schon einmal mit der Leitung der Reichsregierung betraut worden, nachdem er sich damals unter ausdrücklicher Wahrung seiner anders gerichteten politischen Überzeugung der Revolutionäre gegen die Verfassung gestellt hatte. Er hat als Berater des Grafen Brockhoff an den Friedensverhandlungen in Versailles teilgenommen.

Dr. Scholz, Reichswirtschaftsminister.

Dr. Scholz ist 1874 in Wiesbaden geboren. Nach Vollendung des juristischen Studiums war er zunächst Gerichtsassessor, dann Sekretär des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes in Charlottenburg. 1901 trat er zur Kommunalverwaltung über und war in Frankfurt a. M., Wiesbaden und Düsseldorf tätig. In Wiesbaden war er Polizeikommissar und Stadtkämmerer. 1912 wurde er als Oberbürgermeister nach Kassel und bereits im folgenden Jahre in gleicher Eigenschaft nach Charlottenburg berufen.

General Groener, Reichsverkehrsminister.

Wilhelm Groener wurde 1867 in Ludwigsburg (Württemberg) geboren. Seine militärische Laufbahn führte ihn in den Großen Generalstab, in dem er 1912 Chef der Eisenbahnteilung wurde. Als solcher war er beim Ausbruch des Krieges ein außerordentlich wichtige Persönlichkeit. Als im November 1916 das Kriegsmittel geschaffen und mit der Durchführung des wirtschaftlichen Hindernisprogramms beauftragt wurde, trat Groener an die Spitze dieses wichtigen Amtes und leitete es mit Erfolg. Er hat das Hilfsdienstgesetz des Reichstages gegenüber vertreten. Es ist heute noch nicht aufgearbeitet, welche Gründe es eigentlich waren, die schon im April 1917, als organisatorische Änderungen im Kriegsamt erfolgten, Groener zum Rücktritt bestimmten. Groener trat nun in den Generalstab zurück. Nach dem Zusammenbruch im Oktober 1918 übernahm er als Nachfolger Ludendorffs das Amt des Ersten Generalquartiermeisters.

Reichskanzler Fehrenbach erkrankt.

Bb. Berlin, 25. Juni. Wie verlautet, ist im Verlauf des Freitags eine Unpäßlichkeit des Reichskanzlers Fehrenbach eingetreten, die ihn zwingt, das Bett zu hüten. Offenbar ist diese Unpäßlichkeit auf die Aufregungen der letzten Tage zurückzuführen.

Die Programmklärung.

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Programmklärung, welche die Regierung am Montag abgeben wird, soll heute endgültig formuliert werden. Aber die Form der Beantwortung der Erklärung wird immer noch zwischen den Fraktionen verhandelt. Unter anderem denkt man jetzt daran — wir haben das schon gestern angedeutet — für die Zustimmung eine allgemeine Fassung zu finden, durch welche die Regierung ausreichend gestützt würde.

Rücktrittsabsichten des Reichswehrministers?

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In den späten Abendblättern wurde gestern behauptet, Reichswehrminister Gessler wolle zurücktreten. In dieser Form ist die Meldung falsch. Herr Gessler würde nur zurücktreten, wenn vom neuen Kabinett seine gewissenhafte Überzeugung nicht geteilt würde, daß die von der Entente geforderte Herabminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann unmöglich ist. In diesem Falle würde er die Verantwortung zur Führung seines Amtes nicht länger tragen zu können glauben, aber es ist wohl kaum anzunehmen, daß es in diesem Punkte in der neuen Regierung Meinungsverschiedenheiten gibt.

Deutscher Reichstag.

mz. Berlin, 25. Juni.

Altpräsident Niedeck eröffnet die Sitzung und läßt die dem Hause zugegangenen Eingänge verlesen, darunter bereits einige Interpellationen. Er verliest dann die für die Wahl des Reichstagspräsidenten maßgebenden Bestimmungen. Die Wahl vollzieht sich recht langsam. Das Haus scheidet während der Wahl in einen augereichten Bienenstock. Die Abstimmung ergibt die Wahl des Abg. Lohse (Soz.) mit 393 von insgesamt 420 Stimmen. Auf die Frage des Altpräsidenten Niedeck erklärt sich Abg. Lohse bereit, das Amt anzutreten und nimmt den Präsidentenpost ein. Dann folgt die Wahl der ersten Vizepräsidenten. Der Parteistärke gemäß haben hierauf die Unabhängigen den Anspruch. Sie haben den Abg. Dikmann aufgestellt. Die Wahl vollzieht sich in derselben Form wie die Präsidentenwahl. Insgesamt werden 397 Stimmen abgegeben, davon entfallen auf den Abg. Dikmann 236. Er ist somit gewählt und nimmt die Wahl an. 156 Stimmen blieben weiß, 5 Stimmen zerplittert.

Das Haus schreitet zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Abg. Bell ist dafür in Vorschlag gebracht. Die Abstimmung ergibt die Teilnahme von 307 Abgeordneten an der Wahl; 8 Stimmsettel sind weiß, 356 lauten auf Dr. Bell, der somit gewählt ist und die Wahl annimmt. Je ein Stimmsettel lautet auf Beder-Deffen, Erbsberger und Koste (Heiterkeit). Für den dritten Vizepräsidenten ist Abg. Dietrich (D.-Nat.) in Vorschlag gebracht. 348 Abgeordnete nehmen an der Abstimmung teil; 83 Sessel sind weiß. Dietrich wird mit 290 Stimmen gewählt. Je eine Stimme entfällt auf Gräfe, Frau Jick, Dr. Bell und Heiterlich.

Nächste Sitzung Montagsvormittag 11 Uhr: Entsaenahme einer Regierungserklärung; außerdem mehrere Interpellationen. — Schluß gegen 7 Uhr.

Der Arbeitsplan.

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstag wird außer der Programmdebatte in seiner gegenwärtigen kurzen Tagung noch den Notet zu erledigen haben. In der Programmdebatte wird, wie bisher feststeht, für die Demokraten Dr. Petersen sprechen; die Unabhängigen wollen Herrn Ledebour vortreten. Dann wird der Reichstag mindestens bis Mitte September verbleiben. Nur wenn außergewöhnliche außenpolitische Zwischenfälle es erforderlich machen würden, würde er früher sich wieder versammeln.

Ein Antrag auf Siftierung des Lohnabzugs.

mz. Berlin, 26. Juni. Wie dem „B. T.“ berichtet wird, ist im Reichstag ein interfraktioneller Initiativantrag eingegangen, der die Regierung auffordert, eine Siftierung des 10pro. Lohnabzugs anzuordnen.

Die deutschen Vertreter für Spa.

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach Spa werden, wie man aus politischen Kreisen hört, als offizielle Unterhändler der Kanzler und der Vizekanzler gehen. Natürlich wird sich bei ihnen der Außenminister Dr. Simons befinden, der von Herrn Dr. Reichsler begleitet sein wird. Auch Herr Dr. Gessler wird sich vermutlich nach Spa begeben.

mz. Berlin, 26. Juni. Die Konferenz von Spa ist, so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, auf den 5. Juli angesetzt. Wenige Tage stehen der neuen Regierung zur Verfügung, sich darüber klar zu werden, wie sie ihre Stellungnahme für diese schwerwiegende Besprechung im einzelnen zu präzisieren haben wird. Niemand gibt sich der Erwartung hin, daß die Vorschläge der Verhandlungsgegner diffizil sein werden von irgendwelcher Rücksichtnahme auf Deutschlands Lebensmöglichkeiten.

In einem weiteren Artikel bemerkt das Blatt, daß die Frage der Herabminderung der Heeresstärke auf 100 000 Mann derzeit einer staatlichen Existenzfrage gleichkomme, da der von der Entente dafür empfohlene Ersatz unbefriedigend sein müsse.

Die Entwaffnungsnoten.

Br. Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung hat bisher den Wortlaut der Entwaffnungsnoten nicht veröffentlicht. Die „Deutsche Zeitung“ behauptet, weil die Regierung sich nicht gewagt hätte, die große erschreckende Wahrheit auf einmal zu enthüllen. In der Note wird nicht nur die Auflösung der gesamten Sicherheitswehr gefordert, sondern auch die Entfernung sämtlicher Offiziere aus den Beamtenstellen der Polizei.

Die Enthüllungen über Generalstabspläne.

Bb. Berlin, 26. Juni. Die „Freiheit“ bezeichnet die Veröffentlichung des bayerischen Kuriers über eine Vorbereitung des Generalstabs durch die Unabhängigen (Siehe Nr. 292 des Wiesbadener Tagblatts vom 25. 6.) als Panatellprodukt bezahlter Spitzel. In der unabhängigen Sozialdemokratie denke niemand daran, politische Machtverhältnisse durch gewalttätigen Ruß oder Sabotageakte zu ändern. Offenbar erlitten aber die Reaktionen mit Inbrunst den Tag, wo sich die Arbeiterkraft zu Unbesonnenheiten hinreißen lasse. Das deutsche Proletariat werde diese Hoffnung aber ausüben machen und seine Geleitenheit zur Errichtung der Militärdiktatur geben. (Da ein Münchener Führer der Unabhängigen offen auszusagen hat, daß die Veröffentlichung des „bayerischen Kuriers“ den Tatsachen entspricht, kann sie nicht als ein Panatellprodukt angesehen werden.)

Die Fortsetzung der Etatsberatung in der Stadtverordnetenversammlung.

Wiesbaden, 26. Juni.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung nahm naturgemäß wieder ein so großes Interesse in Anspruch, wie es selten während eines ganzen Jahres der Fall ist. Das Kollegium war unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Gerhardt wieder fast vollständig versammelt. Zunächst machte Bürgermeister Travers die unangenehme Mitteilung, daß durch eine unvorhergesehene Erhöhung der Bezirksabgabe auf über 1 Million Mark, für die nur 400 000 M. vorgesehen waren, noch 600 000 M. der Deckung im vorliegenden Haushaltsplan barren und so für das abgelaufene Steuerjahr 1919/20

nach eine nachträgliche Steuererhöhung von weiteren 20 Prozent, also eine achte Rate, erhoben werden muß, wobei freilich zur Bedingung gemacht werden soll, daß dieser Zuschlag für die folgenden Jahre vom Reiche ersetzt werde. Zunächst führte

Stadt. Dr. Anderhoff

als Berichterstatter des Finanz-Ausschusses u. a. folgendes aus: Die schwierige, überaus traurige Finanzlage unserer Stadt zwingt uns mit tiefem Ernst und nach ihren sachlichen Gesichtspunkten die Prüfung des Haushaltsplanes für 1920 vorzunehmen und Stellung dazu zu nehmen. Die große Unsicherheit, in der wir leben, welche durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse veranlaßt wird, macht es, wie dies ja auch schon durch Herrn Beigeordneten Schulte hervorgehoben wurde, unmöglich, zuverlässige, maßgebende Vorausschlüsse für das laufende Wirtschaftsjahr aufzustellen. Es muß daher mit Befriedigung und besonderer Anerkennung begrüßt werden, daß es trotzdem dem Magistrat gelungen ist, uns einen ordnungsmäßigen Haushaltsplan vorzulegen, aus dem sich ein Einblick in die hochgepannte Finanzlage der Stadt erzielen läßt. Die ungeachtete, verhängnisvolle und folgenschwere Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse im Laufe des vergangenen Jahres, besonders in der letzten Zeit, zwingt uns, die unermesslichen, riesengroßen Ausgaben anzuerkennen und dabei, wo irgend möglich,

größte Sparsamkeit walten zu lassen.

Sie gewinnt uns aber gleichzeitig unbedingt für die Deckung der ungeheuren Aufwendungen zu sorgen. Im vergangenen Jahre haben wir uns noch mit der Hoffnung getragen, daß die großen Lasten, die uns der Krieg und die Übergangswirtschaft gebracht hatten und noch bringen würden, baldigt vermindert und erträglich werden könnten. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben wir damals beschlossen, von den außergewöhnlichen Ausgaben von 16 1/2 Millionen noch 10 Millionen, welche damals veranlaßt waren durch Feuerungsanlagen (4 Mill.), Kostenarbeiten (2 Mill.), Erwerbslosenfürsorge und Lebensmittelversorgung (4 Mill.), auf Kriegstitel zu verbuchen. Leider hat sich aber die Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse nicht nur nicht erfüllt, sondern es ist noch eine ganz unerwartete, ungeheure Verschlechterung eingetreten, so daß man Wirtschaft treiben würde, wollte man immer wieder die Geldbeträge durch Anleihen decken. Ein Eingehen auf die Einzelheiten der verschiedenen Verwaltungen ist wegen der fortwährend schwankenden in Betracht kommenden Verhältnisse unmöglich. Am Stellung zu dem gesamten Haushaltsplan nehmen zu können, ohne auf die Einzelheiten der Verwaltungen einzugehen, muß nochmals auf die Hauptzahlen des Haushaltsplanes zurückgegriffen werden. Der sich gegen das Vorjahr ergebende Mehrbedarf von rund 139 Millionen setzt sich zusammen aus rund 87 Millionen durchlaufenden Posten für Lebensmittel und vom Reiche zu erhaltende Aufwendungen und 52 Millionen andere zu deckende Mehrausgaben. Der Finanzausschuss hat bei der Behandlung der Besoldungsreform usw. dem vom Organisations-Ausschuss noch zu vertretenden Antrag des Magistrats über die etatsmäßige Anstellung von 103 Angestellten, die bei der Stadt schon länger als 10 Jahre beschäftigt sind, zugestimmt. Bei den Verwaltungen werden die höchsten Mehrausgaben veranlaßt durch: Straßenbauamt 2,7 Millionen Mark, Wasser- und Lichtwerke 10,67 Millionen Mark, Schulverwaltung 4,9 Millionen Mark, Kurverwaltung 2,01 Millionen Mark, Krankenhausverwaltung 2,5 Millionen Mark, zusammen 22,78 Millionen Mark. Der Rest von rund 64,2 Millionen verteilt sich auf die übrigen 33 Verwaltungen. Der Finanzausschuss ist der Ansicht, daß bei der Straßenbau-Verwaltung unbedingt noch weitere Ersparnisse erzielt werden müßten und daß es für dringend notwendig, daß die Amtsvorstände der einzelnen Verwaltungen auf größte Sparsamkeit bedacht sind. Der Stadt stehen, sobald die genannten 17,7 Millionen für Gehaltsreform usw. verteilt werden, nur die Steuern und die Wasser- und Lichtwerke als Einnahmequellen zur Verfügung. Da die übrigen, sämtlich Zuschüsse erfordernden Verwaltungen nicht mit einem Geldbetrag abschließen, müssen die Gebühren bis zur äußersten möglichen Grenze erhöht werden. Nur so ist es möglich, die ungeheuren Lasten des diesjährigen Haushaltsplanes zu bekämpfen. Der größte Teil des zu deckenden Mehrbedarfs von rund 52 Millionen, nämlich rund 40,3 Millionen, ist bereits genehmigt. Zur Deckung der noch fehlenden, rund 11,5 Millionen werden folgende Anträge zur Genehmigung vorgeschlagen:

1. Erhöhung der Gemeindegrundsteuer von 24 auf 5 %.
2. Erhöhung der Gewerbesteuer von 150 auf 300 Prozent der staatlich veranlagten Steuer.
3. Erhöhung der Betriebssteuer von 150 auf 300 Prozent der staatlich veranlagten Steuer.
4. Erhöhung des Schulgeldes für höhere Schulen um 100 Prozent, Mittelschulen auf 100 M.
5. Erhöhung der Preise für die Erzeugnisse der Wasser- und Lichtwerke, und zwar für:
den elektr. Lichtstrom auf 2,50 M. p. A. M. St.
(bisher 2,30 M.).
den elektr. Kraftstrom auf 1,50 M. p. A. M. St.
(bisher 1,40 M.).
Gas auf 1,20 M. p. Kubikmeter (bisher 1,05 M.).
6. Erhöhung der Preise des Krankenhauses u. a. für Einheimische für die 1. Klasse auf 45 M., 2. Klasse auf 30 M., 3. Klasse auf 15 M.
7. Erhöhung der Verbandsgebühren auf 10 Pf. von 1 M. statt wie früher 5 Pf. von 3 M.
8. Ferner die grundsätzliche Zustimmung zu erteilen zu:
Erfassung der von der Reichssteuer freigesetzten Einnahmen.
9. Einführung der allgemeinen Kartenssteuer zur Ergänzung der Lohnabzugssteuer, sobald die Richtlinien des Reichsrates vorliegen.

Nach der Mitteilung des Landesbauplatzmannes vom 27. Mai 1920 ist die Bezirksabgabe nachträglich um 13 1/2 Prozent, auf insgesamt 1 017 287 M. erhöht worden. In dem Etat ist nur ein Betrag von 400 000 M. vorgesehen, so daß ein ungedeckter Betrag von rund 600 000 M. verbleibt. Zur nachträglichen Deckung dieses Mehrbetrages aus 1919 wird vorgeschlagen im Jahre 1920 eine Nachtragsteuer von 20 % der vorläufigen Einkommensteuer zu erheben, wodurch dann für 1920 der Anteil der Stadt an der Einkommensteuer sich um denselben Betrag erhöht und so die Deckung des Mehrbetrages von rund 600 000 M. ermöglicht. Nach reiflicher Prüfung billigt der Finanzausschuss die von dem Magistrat vorgeschlagenen Wege zur Deckung des großen Mehrbedarfs und empfiehlt der

Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung derselben sowie die Feststellung des gesamten Haushaltsplanes, der in der Ordentlichen Verwaltung in Einnahmen und Ausgaben abschließt mit 173 169 860 M. und in der Außerordentlichen Verwaltung mit 27 506 172 M.

Stadt. Kommissar erstattete Bericht für den Organisations-Ausschuss über die letzte Anstellung von 103 Beamten, die länger als 10 Jahre in städtischen Diensten sind. Dann begann die eigentliche Generaldebatte. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion schied als Etatsredner.

Stadtverordnete Geschäftsführer Bauer

vor. Der Redner wies zunächst mit entrüsteten Worten die Auffassung des Stadtv. Krüde in der letzten Stadtverordnetenversammlung zurück, daß eine sogenannte Miswirtschaft nach dem Kriege Schuld an der Finanzlage in Stadt und Reich sei, wobei er auf die großen Zuschüsse einzelner Positionen verwies, wie z. B. beim Kaiser-Friedrichbad, und die 5 Milliarden Unterhaltungen, die jährlich für die Kriegsbefehlshaber und Kriegshinterbliebenen im Reich bezahlt werden und doch von allen Parteien gern bewilligt worden seien. Im übrigen hält es der Redner für angezeigt, kein Hauptaugenmerk darauf zu richten, Ersparnisse zu erzielen, wo dies nur irgendwie möglich sei und stattdessen bemerkenswerterweise fest, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion keine negierende Kommunalpolitik treibe, sondern ehrlich bestrebt sei, mitzuarbeiten und bei all ihrer Kritik auch gleich sage, auf welche Art sie es besser zu machen vermag. Als Richtlinien gelten ihm hierfür, die wirtschaftlich schwachen Schülern zu entlasten und die Vorgesetzten härter heranzuziehen. Von diesem Gesichtspunkte aus will der Redner denn auch nichts wissen von der Ersetzung der von der Reichseinkommensteuer freigesetzten Einnahmen, jedenfalls aber nicht der unter 12 000 M. und hat ebenso prinzipielle Bedenken gegen die Erhöhung des Schulgeldes. Die Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität sieht er als eine indirekte Steuer an und verlangt sie stattdessen nach oben ausgestellt, wiederum so, daß die Minderbemittelten möglichst geschont werden. Ferner tritt der Redner für eine Wohnungsluxussteuer ein und bemängelt stark die Position des Magistrats in der Wohnungs- und Siedlungsfrage. Im Sinne dieser Ausführungen legt der Redner fünf Anträge vor, darunter auch ein solcher, in dem die Einrichtung einer Kommission verlangt wird, die nachprüfen soll, welche Kriegshilfskräfte noch beim Magistrat beschäftigt werden und kritisiert zuletzt das System der Oberbeamten, die man vielfach aus gewissen Gründen als die „kleinen Magistrats“ ansehe und die zum Teil noch auf ihrem alten bürokratischen Standpunkt beharren, oft zum Schaden der städtischen Verwaltung.

Für die demokratische Stadtverordnetenfraktion sprach als Hauptredner

Stadt. Bauinspektor Deutsch

Er verwies darauf, daß dieser Etat in Wahrheit ein Notetat sei, geboren aus der Not der Zeit im allgemeinen und für Wiesbaden als Gemeinwesen im besonderen. Er betonte, daß die Ziffern sowohl der Einnahme- wie der Ausgabenposten nicht als unbedingt feststehend zu betrachten seien und in der Woche die Situation sich in veränderlicher Hinsicht schon wieder ganz anders darstellen könne. Der Redner legte in interessanter Weise dar, wie die Vertreter aller Parteien mit dem gleichen Sparsamkeit an die Beratung des Etats herangingen, leider aber nur mit einem sehr geringen Erfolg, was eben auf die exceptionellen Zeiten und die ungeheuren Folgen des Krieges zurückzuführen sei. Ohne jede überflüssige Kritik betonte der Redner, daß allerdings beim Personal Etat gespart werden könne und müsse, und daß man in einzelnen Abteilungen offenbar doch allzu sehr dem heiligen Bürokratismus huldige. Immer wieder begegne man der Auffassung, es könne nichts in dieser oder jener Verwaltung geändert bzw. reformiert werden, nur deshalb, weil sie schon seit Jahren so gehandhabt werde, und daß insbesondere die persönlichen oder sachlichen Kosten nicht vermindert werden könnten, eventl. werde man — was übrigens recht bedauernd ist — auf eine andere Verwaltung aufmerksam gemacht, wo die größten Wüsthümer nach Abhilfe kämen. So kann und darf es nicht weitergehen, fuhr der Redner fort, und lenkte dann die Aufmerksamkeit auf den Kurstat, der 800 000 bis 900 000 M. Zuschuss erfordere. Hierin ist der Redner mit dem sozialdemokratischen Etatsredner einig, daß entweder starke Streichungen vorgenommen werden, oder aber die Einnahmen vermehrt werden müßten, was natürlich nicht ohne größte Vorsicht geschehen solle. Der Redner wies dann auf den bedeutenden Zuschuss von 800 000 M. hin, den die Stadt für die Pflanz-, von Wissenschaft und Kunst leiste, während der Staatszuschuss dafür insgesamt nur 60 000 M. und der Kreiszuschuss nur 10 000 M. betrage; er regte an, bei Staat und Kreis eine erhebliche Erhöhung ihrer Zuschüsse zu erwirken, da ja die Kulturaufgaben gerade im besetzten Gebiet von besonderem Interesse für das Allgemeinwohl des Landes seien. Was die Deckungsvorläge des Magistrats betrifft, so erklärte der Redner grundsätzlich die Bereitwilligkeit der demokratischen Fraktion, die Einführung der vorgeschlagenen Steuern zu genehmigen, da er die Anleihenwirtschaft für unproduktive Ausgaben nicht aufheben könne, will aber die Ausführungsbestimmungen, betr. die Erfassung der steuerfreien Einnahmen, abwarten und spricht sich schon im voraus dafür aus, daß Einnahmen bis zu 6000 M. überhaupt nicht und solche bis 10 000 M. nur mit einem geringen Prozentsatz herangezogen werden sollen. Auch mit der Erhöhung der gewerblichen Einnahmen will sich der Redner, weil sie unerlässlich ist, abfinden. Die Erhöhung des Schulgeldes ist ihm aus kulturellen Rücksichten höchst unkompatibel, weshalb er beantragte, dasselbe nur um 50 Prozent zu erhöhen und den Mehrbetrag daraus durch eine weitere Erhöhung des Strompreises um 10 Pf. pro Kilowattstunde bereinzubekommen. Zu der Nachbemerkung der Steuer von 20 Prozent für das abgelaufene Steuerjahr gibt der Redner seine Einwilligung nur unter der Bedingung, wenn der Magistrat einwandsfrei feststellen könne, daß keine Voraussetzungen eintreten. Der Redner meint zum Schluß seiner Ausführungen, daß man bei allem berechtigten Optimismus, den man über die Gemeinlage haben müsse, keineswegs zu verzagen braucht, und daß bei optimistischer Schaffensfreude Wiesbaden auch wieder besseren Tagen entgegensehen werde.

Stadt. Rechtsanwalt Krüde

lorcht für die Deutsche Volkspartei. Der Redner verkennt nicht die Schwierigkeiten, die jetzt einer ordnungsmäßigen Staatswirtschaft im Wege stehen, hält es aber für wünschenswert, daß im Laufe der kommenden Jahre möglichst wieder eine Stabilität der Verhältnisse erreicht werde, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Im Hinblick auf die Unsicherheit der einzelnen Bilanzfiguren habe ein Eingehen auf die einzelnen Etatsposten nicht viel Zweck. Seine Fraktion wolle, daß eine gewisse Kontrolle darüber ausgeübt werde, daß möglichst viel gespart werde. Der Redner stellte in Zusammenhang damit den Antrag, daß die Kommission zur Vorbereitung des Etats eine dauernde Einrichtung werden solle, um gewissermaßen fortlaufend die Etats zu kontrollieren. Die Hauptsache sei, daß die Stadt wieder in eine ordnungsmäßige Finanzwirtschaft hineinkomme. Einzelne Ausgabenposten, wie z. B. das Straßenbauamt und das Kanalbauamt, welche beide zusammen Zuschüsse von 4,3 Millionen Mark er-

fordern, erscheinen dem Redner als reichlich hoch und wirft er deshalb die Frage auf, ob nicht speziell hierbei die Ausgaben durch Verwaltungsreform und Sparwirtschaft wesentlich herabgedrückt werden könnten. Auch die Grundbesitzerverwaltung, die sich doch eigentlich selbst tragen solle, erfordere einen viel zu hohen Zuschuss. Gegen die Deckungsvorläge des Magistrats hat der Redner im großen und ganzen keine Einwendungen. Mit der Erhöhung des Schulgeldes aber kann er sich ebenso wie seine Vorredner nicht befassen und will dabei namentlich das Kinderprivileg geschützt sehen. Auch dieser Redner schlägt vor, das Schulgeld nur um 50 Prozent zu erhöhen und dafür den Preis für elektrisches Licht zu verteuern. Mit einem Hinweis auf die Summe von 12,2 Millionen Mark, die die Posten Gesundheitspflege und soziale Fürsorge als Zuschüsse erfordern, wobei der Redner größte Sparsamkeit angebracht hält, meint er, daß es langwierig, aber absehbare Arbeit bedürfe, um im Geiste des Wiederaufbaus wieder besseren Verhältnissen entgegenzugehen. Der Redner hält eine großzügige Propaganda für die Belebung der Kurindustrie für notwendig, deren Ausgaben übrigens auch, wie z. B. für das Feuerwerk, das in der letzten Stadtverordnetenversammlung abgelehnt wurde, merkwürdigen Charakter hätten und solche Veranlassungen bezw. die dafür erforderlichen Kosten hauptsächlich von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet werden müßten.

Nach den Reden dieser Vertreter der drei größten Parteien im Stadtparlament klang die Diskussion merklich ab. Stadtv. Rechtsanwalt Schneider, der für das Zentrum sprach, meinte ebenfalls, daß überall, wo es angängig sei, gespart werden müsse, da die Steuerquellen völlig erschöpft seien. Er ist pessimistischer wie der demokratische Etatsredner und glaubt z. B. nicht, daß die Kurindustrie jemals wieder die alte Blüte erlange. Mit der Schulserhöhung nur um 50 Prozent statt der vorgeschlagenen 100prozentigen ist er einverstanden. Ferner kritisierte der Redner die Einrichtung des Badeblattes, für das er sich keineswegs begeistern kann und bringt den Plan einer städtischen Sparkasse in empfehlende Erinnerung. — Stadtv. Dr. Degener (Deutsche Vp.) beleuchtet eingehend die Schulverhältnisse und führte als die Gründe an, die sowohl vom Standpunkte der Lehrerhaft wie der Eltern gegen die Erhöhung des Schulgeldes sprechen, ebenso Stadtv. Fr. J. von der gleichen Fraktion. — Stadtv. Reinsberger (Unab. Sez.) zieht auf seine Weise aus diesem kapitalistischen Etat keine Schlüsse und sieht einen Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsweise voraus. Wenn man übrigens sparen wolle, dann gäbe es noch genug Posten, so vor allem auch die Stilllegung der römisch-irischen Abteilung im Kaiser-Friedrichbad, ohne die es ebenlogisch ginge. Der Redner verweist dann auf die Befreiungen der unabhängigen Sozialdemokratie betr. die Sozialversicherung und schließt, daß, solange die kapitalistische Wirtschaftsform vorherrschend sei, diese ihre Zustimmung zum Etat nicht geben könne.

Nachdem noch Stadtv. Hildner (Dem.) mit dem Hinweis auf den hohen Posten von 2 Millionen Mark als Ertrag der Gemeindegrundsteuer dafür plädiert hatte, die Hausbesitzer nicht über ihre Kraft zu belasten und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Wohnungen in ordentlichem Zustande erhalten zu können, schloß die Generaldebatte.

In der Spezialberatung werden zunächst die Anträge des Magistrats zu Position 1, 2 und 3 abgelehnt. Zu Position 4 wird der Antrag Deutsch

das Schulgeld anstatt um 100 Prozent nur um 50 Prozent zu erhöhen und den Ausfall durch Erhöhung des Lichtstrompreises um 10 Prozent pro Kilowattstunde zu decken

angenommen unter der Ablehnung eines Antrages Bauer, der sich überhaupt gegen jede weitere Erhöhung des Schulgeldes in den höheren und Mittelschulen aussprach.

Zu Position 5, betr. Erhöhung des Preises für elektrisches Licht, wird ein Antrag Bauer nach langer Diskussion, an der sich insbesondere auch Bürgermeister Travers wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten über den Abstimmungsmodus beteiligte, mit 18 gegen 18 Stimmen bei mehreren Stimmenthaltungen angenommen der folgenden Wortlaut hat:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung umgebend eine Vorlage zu unterbreiten, wonach unter Zugrundelegung einer gewissen Kalkulation der Gaspreis für den darüber hinausgehenden Verbrauch stufenweise nach oben ausgestellt wird, damit die leistungsfähigen Schülern in erster Linie die Verteuerung tragen.“

Ebenso wurde aber auch der Magistratsantrag in der vorher wiedergegebenen Fassung angenommen, desgleichen die Positionen 6, 7 und 8, allerdings ebenfalls wieder unter Annahme eines Antrages Bauer, der wie folgt lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der geplanten Ersetzung der von der Reichseinkommensteuer freigesetzten Einnahmen als Einkommensminimum mindestens 12 000 M. gelten zu lassen und dementsprechend die Steuerzahler, deren Gesamteinkommen diese Summe nicht übersteigt, von dieser Steuer freizulassen.“

Auf den Antrag des Magistrats zur Erhebung einer Nachsteuer von 20 Prozent für das bereits abgelaufene Steuerjahr wurde genehmigt mit dem Ansatze, daß diese Steuer nur erhoben werden solle, wenn sie vom Reich für die folgenden Jahre übernommen bzw. zurückvergütet werden solle. — Ferner werden angenommen: Ein Antrag Bauer auf Ausarbeitung einer Vorlage, betr. Einführung einer Wohnungsluxussteuer, ein Antrag Krüde, die zu bildende Etatskommission als dauernde Einrichtung gelten zu lassen, ein weiterer Antrag Bauer auf Nachprüfung der bei dem Magistrat beschäftigten Kriegshilfskräfte. Ein Antrag des Stadtv. Kettenbach, 2000 M. die für Schickbedarf der Feldhüter vorzulegen sind, zu streichen, wird abgelehnt, desgleichen ein Antrag des Stadtverordneten, die Vehrsmittel in den Volksschulen unentgeltlich zu liefern. Frau Stadtv. Herrmann stellte den Antrag, die beschlossene Straßeneinbaumassegebühr und die Rekrutabfuhrgebühr unter der Bezeichnung „Abraumgebühr“ zusammenzufassen, was ihn aber wieder zurück, worauf dann der Etat im ganzen laut Vorlage unter Berücksichtigung der angenommenen Anträge mit großer Mehrheit gebilligt wurde. — Bezüglich der Neubekennung der 103 Beamtenstellen war die Verlesung nur zu hören; Einwendungen gegen die vorgeschlagenen Personen von Seiten der Versammlung wurden nicht erhoben. Damit ist es gelungen, trotz der Kürze der Zeit den Etat zur Verabschiedung zu bringen.

Gegen den Obstwucher.

Bürgermeister, Oberstaatsanwalt, Gewerbeinspektor und Preisprüfstelle erlassen gemeinsam eine Bekanntmachung, in der es heißt: Die zurzeit erforderlichen hohen Preise für Obst, insbesondere für Äpfel, Johannisbeeren, Holbeeren, haben einen Entrüstungsturm in der Bevölkerung hervorgerufen, zumal gerade in diesem Jahre die Ernte außerordentlich gut ausgefallen ist. Diese hohen Preise lassen die Vermutung als gerechtfertigt erscheinen, daß die Erzeuger ungebührlich übermäßige Preise für Obst nehmen und die Großhändler derartige Wuchererkaufpreise zahlen oder sogar den Erzeugern an Ort und

== Befreiung ==
von staatlicher Angestelltenversicherung
ermöglicht Beantragung einer
Lebens - Versicherung
bis zum 30. Juni 1920 bei der
Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.
Bisher abgeschlossene Versicherungen:
— 2 Milliarden 750 Millionen Mark. —
Auskunft erteilt der Vertreter:
Hch. Port, Wiesbaden, Luisenstr. 26, 2.
Fernspr. 1876. 799

